

Anfrage über die finanzpolitische Steuerung im Kanton Luzern

eröffnet am 3. November 2015

In der letzten Legislatur wurde kein einziger Aufgaben- und Finanzplan vom Kantonsrat genehmigt. Dieses Jahr präsentiert der Kanton Luzern ein Budget, das trotz medial umstrittenen Sparmassnahmen nur knapp den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Dabei werden bereits in Vorjahren politisch verworfene Sparmassnahmen erneut integriert. Die Hochrechnung für das Jahr 2015 präsentiert sich auf Budgetpfad, obwohl eine nicht budgetierte Sonderausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in der Höhe von rund 60 Millionen Franken erfolgt ist. Für die Jahre 2017 bis 2019 wird gemäss AFP mit weiteren Ausschüttungen der SNB von 32 Millionen Franken jährlich gerechnet, obwohl diese vom Geschäftsgang der SNB abhängen.

Gemäss Medienorientierung des Finanzdirektors resultiert im Jahr 2017 eine Finanzierungslücke von 27 Millionen Franken und im Jahr 2018 eine von 52 Millionen Franken, weil die Steuerprognosen bisher zu optimistisch waren. Zudem hat man falsch eingeschätzt, wie sich die Entwicklung der Steuererträge auf die NFA-Zahlungen auswirkt.

Der Kanton sieht ein Konsolidierungsprogramm 17 von 330 Millionen Franken für die Jahre 2017 bis 2019 vor. Welche Strategie der Regierungsrat in diesem Konsolidierungsprogramm fährt, ist nicht bekannt (finanzpolitisches Dreieck: Sparprogramm, Steuerfuss/Steuergesetzrevision, Schuldenbremse).

Aufgrund dieser Ausgangslage stellen sich folgende dringlichen Fragen, welche vor der Budgetberatung beantwortet sein müssen:

1. Weshalb hat die Regierung im Mai 2015 nicht umgehend ein Ausgabenmoratorium beschlossen, als bekannt wurde, wie einschneidend die Auswirkungen der Fehleinschätzung der NFA-Zahlungen auf die zukünftigen Einnahmen sind?
2. Wie sind die rund 60 Millionen Franken aus der SNB-Ausschüttung im Jahr 2015 verwendet worden, und wieso wird aufgrund dieser nicht budgetierten Ausschüttung nicht mit einem signifikant oberhalb der Budgetvorgabe liegenden Jahresergebnis 2015 gerechnet?
3. Was gibt dem Kanton Luzern die Sicherheit, dass in den Jahren 2017 bis 2019 weiterhin jährlich 32 Millionen Franken an SNB-Ausschüttungen zu erwarten sind?
4. Wie viel mussten die Steuererträge seit 2012 jährlich und im Total (absolut in Tausend Franken und in %) nach unten korrigiert werden? Weshalb kommt es seit längerer Zeit zu massiven Überschätzungen der Steuererwartungen?
5. Weshalb stützt man sich im Kanton Luzern unverändert auf die Einschätzung der NFA-Erwartungen auf BAK-Basel? Wann gedenkt das Finanzdepartement (wie andere Kantone dies schon länger machen) eine Evaluation der Wirkung des NFA vorzunehmen, um einerseits Fehlanreize zu erkennen und andererseits Gegenmassnahmen einleiten zu können?
6. Wie sollen die Kantonsratsmitglieder genügend Vertrauen in das Konsolidierungsprogramm 17 bekommen, wenn dazu keine strategischen Aussagen gemacht werden? Wird im Rahmen des massiven finanziellen Handlungsbedarfs im Hinblick auf den AFP 2016–2020 eine umgehende Steuergesetzrevision oder eine Revision des Gesetzes über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) in Erwägung gezogen?

Hunkeler Yvonne
Lichtsteiner-Achermann Inge
Grüter Thomas
Marti Urs
Roos Willi Marlis
Helfenstein Gianmarco
Bernasconi Claudia
Piazza Daniel

Krummenacher-Feer Marlis
Lipp Hans
Roos Guido
Dissler Josef
Kaufmann Pius
Galliker Priska
Bucheli Hanspeter
Zurbriggen Roger
Wismer-Felder Priska
Jung Gerda
Kottmann Raphael
Oehen Thomas
Meyer Jürg
Bucher Franz
Nussbaum Adrian
Wyss Josef
Bühler Adrian
Gehrig Markus
Schmassmann Norbert
Gasser Daniel
Arnold Erwin